Bund will höhere Sömmerungsbeiträge für geschützte Schafe

Silvia Graber und Armin Bregy

Der Bundesrat kommt den Schafzüchtern entgegen und erhöht die Subventionsbeiträge. Ernsthafte Hilfe? Oder ein Wolf im Schafspelz?



Wie weiter mit dem Wolf? Nachdem eine Mehrheit der Schweizer Stimmbevölkerung die Revision des Jagdgesetzes 2020 ablehnte, wird der Wolfsschutz auf verschiedenen Ebenen wieder zum Politikum. Jüngst haben die Umweltkommissionen von National- und Ständerat eine parlamentarische Initiative für eine erneute Revision des Jagdgesetzes gutgeheissen. Mit einer Gesetzesänderung sollen unter anderem die Entwicklung des Wolfsbestands wirksamer kontrolliert und die Hürden für einen Wolfsabschuss gesenkt werden.

Wackelt der «Wolfskompromiss» bereits?

Anders als noch bei der gescheiterten Jagdgesetzrevision handelt es sich dabei um einen breit abgestützten Kompromiss verschiedener Interessenvertreter von Landwirtschaft bis Umweltschutz. Doch die Eintracht wurde bereits wieder gestört.

Die CVPO äusserte sich kürzlich kritisch zum «Wolfskompromiss». Das momentane Stillhalten der Umweltschutzverbände in Bern sei trügerisch. «Es ist nicht davon auszugehen, dass dies bis zum Schluss so bleiben wird. Spätestens wenn es um präventive Wolfsabschüsse ohne zusätzliche Beschwerdemöglichkeiten geht, wird die Einigkeit vorbei sein», schreibt die Partei in einer Stellungnahme. Umweltverbände reagierten irritiert auf diese Äusserungen. Ein erster Stresstest für den «Wolfskompromiss» steht bevor. Und weitere wichtige Debatten stehen an.

Ende Januar eröffnete das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) die Vernehmlassung zum landwirtschaftlichen Verordnungspaket 2022. Für die Walliser Schafzüchter ist ein Aspekt von besonderer Bedeutung. Neben einer Erhöhung der Sömmerungsbeiträge für Schafe, welche in geschützten Weidesystemen gehalten werden, wird auch eine Lösung für die Auszahlung der vollen Sömmerungs- und Biodiversitätsbeiträge bei einer vorzeitigen Abalpung infolge Grossraubtierpräsenz vorgeschlagen. Was heisst das? Im Oberwallis gab es im letzten Sommer mehrere Abalpungen, weil der Wolf sein Unwesen trieb. Die betroffenen Züchter verloren dabei die Sömmerungsbeiträge. Das will der Bundesrat nun ändern und den Bauern die Beiträge auch nach einer Abalpung auszahlen. Dies allerdings nur, wenn die Herden «zumutbar geschützt» sind, mit Zäunen und Herdenschutzhunden.

Bregy: «Nur eine kurzfristige Lösung»

1 von 2 11.02.2022, 07:42

Ein Vorschlag, der auf den ersten Blick die Berglandwirtschaft stärkt. Mitte-Fraktionschef Philipp Matthias Bregy sagt: «Ich begrüsse, dass die Sömmerungsbeiträge zukünftig auch dann ausbezahlt werden, wenn die Schafe abgealpt werden müssen. Denn kein Schäfer alpt freiwillig früher ab.» Naheliegend: Denn wenn die Züchter ihre Schafe abalpen, müssen sie Futter hinzukaufen und zugleich verwildern die Alpweiden. Trotzdem hinterlasse der Vorschlag des Bundesrats gemischte Gefühle. «Ein präventiver Wolfsschutz bleibt die beste Lösung. Die Kommissionen des Stände- und Nationalrates arbeiten an dieser Lösung. Die Sömmerungsbeiträge sind nur ein Ansatz, um Probleme kurzfristig abzufedern», sagt Nationalrat Bregy.

Unzufrieden ist der Präsident der Oberwalliser Schwarznasenschafzücher. Für Alpen, die nicht schützbar seien, sei der Vorschlag aus Bundesbern nutzlos. «Diese Schäfer werden ihrem Schicksal überlassen. Und das darf es nicht sein», sagt Daniel Steiner.

David Gerke, Präsident der Gruppe Wolf Schweiz, verlangt indes, dass die Zahlungen nur geleistet werden, wenn die Herden geschützt sind. Zudem brauche es genaue Kriterien für die Bedrohungslage auf der Alp: «Anhand dieser Kriterien muss eine unabhängige, neutrale Beurteilung möglich sein, ob die Abalpung wirklich wegen dem Wolf geschehen ist», sagte Gerke gegenüber SRF.

Wie geht es weiter?

Die Vernehmlassung dauert bis zum 2. Mai; die meisten Bestimmungen sollen Anfang 2023 in Kraft treten. Mitte-Fraktionschef Philipp Matthias Bregy schaut den kommenden Debatten zuversichtlich entgegen. Er stelle fest, dass die Wolfsproblematik mittlerweile bis tief ins Mittelland vorgedrungen sei. «Dies ist eine Chance für das Wallis – zumal selbst die Umweltverbände erkennen, dass ein vollumfänglicher Wolfsschutz nicht realistisch ist.»

Wunschdenken oder realistische Einschätzung? Die kommenden Debatten werden es zeigen.

2 von 2 11.02.2022, 07:42